

FDP-Bundestagsfraktion

Positionspapier

Haushaltskonsolidierung und

Bürgerentlastung

in Zeiten steigender Steuereinnahmen

Die Konjunktur brummt, die Arbeitslosenzahlen sinken, selbst Rentenkasse und Staat melden Rekordeinnahmen. Dies fordert die Klärung der Frage, wie mit prognostizierten (leider noch nicht realisierten) Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe umgegangen werden soll. Dafür ist ein Blick auf die aktuelle Situation der öffentlichen Haushalte notwendig.

I. Staatshaushalt

Die Höhe der staatlichen Gesamtverschuldung liegt bei über 1.500 Milliarden Euro. Davon entfallen auf den Bund mit Stand 31.12.2006 insgesamt 916,6 Milliarden Euro. Der Anteil des Bundes an der Gesamtverschuldung des Staates beträgt damit über 60 Prozent.

Die Neuverschuldung des Jahres 2006 aller öffentlichen Haushalte betrug ca. 40 Milliarden Euro, was einem Staatsdefizit von 1,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) entspricht. Der Anteil des Bundes an der Neuverschuldung lag bei über 80 Prozent.

Mit der Senkung des Staatsdefizits unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP ist nur ein Teil des europäischen Stabilitätspaktes erfüllt. Der zweite Teil, die Schuldenstandsquote mit einem Referenzwert von 60 Prozent des BIP bleibt weiterhin unerfüllt. Die Gesamtverschuldung des Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt bei über 67 Prozent. Hohe Zinsausgaben sind die Folge. Allein beim Bund fallen Zinszahlungen von annähernd 40 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2007 an.

Eine Entwarnung an der Verschuldungsfront kann nicht gegeben werden. Der Schuldenberg wächst ständig weiter - allerdings langsamer als in den Vorjahren. Von einem Abbau der Schuldenlast kann noch keine Rede sein!

II. Bundeshaushalt 2007

Im Bundeshaushalt 2007 mit Gesamtausgaben von 270,5 Milliarden Euro beträgt die Nettokreditaufnahme (NKA) 19,6 Milliarden Euro. Das strukturelle Defizit, also die Lücke zwischen den regelmäßigen Ausgaben und den regelmäßigen Einnahmen, liegt jedoch höher. Mit über 35 Milliarden Euro ist es größer als in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 unter dem damaligen Finanzminister Eichel.

Aktuell bestehen **Risiken** im Bundeshaushalt von mindestens **5-6 Milliarden Euro**. Zurückzuführen sind diese vor allem auf den Arbeitsmarktbereich. Mehrkosten für das ALG II von 2,5 Milliarden Euro - 3 Milliarden Euro sowie ein geringerer Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit in einer ähnlichen Größenordnung belasten den Bundeshaushalt.

III. 2008 und die mittelfristige Finanzplanung

Im Haushaltsjahr 2008 sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt bisher nicht eingeplante ausgabe- und einnahmeseitige **Zusatzbelastungen** von rund **11-13 Milliarden Euro** abzusehen.

Die **Risiken** für den Bundeshaushalt in der mittelfristigen Finanzplanung liegen bei **52,9 Milliarden Euro**. Der Hauptanteil davon entfällt auf den Bundeszuschuss an die GKV mit 19 Milliarden Euro. Insgesamt wird die Entscheidung der Bundesregierung, diesen Zuschuss wieder einzuführen, den Steuerzahler und den Bundeshaushalt bis zum Jahr 2016 mit rund **80 Milliarden Euro** belasten. Für all diese Maßnahmen ist bisher keine Vorsorge getroffen worden.

	2008	2009	2010	2011
	in Milliarden Euro			
GKV-Bundeszuschuss	2,5	4,0	5,5	7,0
Hartz IV/KdU-Kosten	2,3	2,3	2,3	2,3
BA-Aussteuerungsbetrag	3,0	3,0	3,0	3,0
Hochschulpakt	-	0,3	0,3	0,3
Ehrenamt/Gemeinnützigkeit	0,2	0,2	0,2	0,2
Erhöhung der Kinderbetreuungsplätze	-	2,0	2,0	2,0
EuGH-Urteil zur Dividendenbesteuerung	2,0	2,0	1,0	-
Summe	10,0	13,8	14,3	14,8

IV. Was ist zu tun?

Die FDP will ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem. Gerade in Zeiten konjunkturell bedingter Steuermehreinnahmen braucht Deutschland eine Steuerstrukturreform. Die Senkung der Belastungen beim Bürger schafft neue Nachfrage und neue Investitionen und damit auch eine nachhaltige Verbesserung der Staatsfinanzen. Deswegen spricht sich die FDP-Bundestagsfraktion dafür aus, die Steuermehreinnahmen auch für eine Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben zu verwenden. Im Interesse der jungen Generation wollen wir gleichzeitig Schulden abbauen. Deswegen ist die FDP für einen gleich gewichteten Mix aus Bürgerentlastung und Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Senkung der Staatsausgaben. Die Entlastung der Bürger und die weitere Haushaltskonsolidierung sind zwei Seiten derselben Medaille. Die hohe Verschuldung des Bundes bleibt eine schwere finanzpolitische Zukunftslast. Eine restriktive Konsolidierungspolitik in konjunkturell guten Zeiten ist ökonomisch unverzichtbar. Vor der Notwendigkeit des Schuldenabbaus in wirtschaftlich besseren Zeiten sollte man nicht, anders als in den vergangenen Jahrzehnten, die Augen verschließen. Dabei geht es uns auch um eine verbesserte Haushaltsstruktur, die eine Verlagerung hin zu mehr Investitionen fördert.